

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 80460 (Internationale Verlagsgesellschaft G. m. b. H.).

NUMMER 61 A BERLIN • Sonnabend, den 12 März 1932 1 JAHRGANG

Die Legalen.

Die alte Ausrede — Wie lange noch?

in Berlin, 10. März.

Der Polizeipräsident teilt mit: Wegen des dringenden Verdachts, sich des Verbrechens des Hochverrats (§ 81 Absatz 2 StGB. u. ff.) schuldig gemacht zu haben, wurde am gestrigen Tage der Polizeileutnant KURT LANGE, der Polizeiwachmeister HANS SCHULZ-Briesen und die Buchhalterin GERTRUD MÜLLER festgenommen. Die Angeschuldigten sind überführt, sich Pläne der Polizeiunterkünfte, der polizeilichen Waffen- und Munitionslager beschafft und an maßgebende Stellen in der NSDAP weitergeleitet zu haben. Eine noch nicht ermittelte Persönlichkeit, die der Gauleitung Berlin der NSDAP angehört, hat die betreffenden zu ihrem Vorgehen veranlaßt.

Die Beschuldigten haben sich an Beamte der Schutzpolizei herangemacht und versucht, sie zu veranlassen, ihnen die in Frage kommenden Pläne zu verschaffen. SCHULZ-Briesen hat die Pläne an seine Braut, Fräulein MÜLLER, weitergegeben. Fräulein MÜLLER hat die Pläne dem Polizeileutnant LANGE zugesandt, der sie dann an eine Persönlichkeit der Gauleitung Berlin der NSDAP weitergeleitet hat. Bei LANGE sind mehrere Pläne gefunden worden. Als Grund für ihr Vorgehen geben die Beschuldigten an, sie hätten gehört, daß das Reichsbanner die Kasernen der Schutzpolizei habe stürmen wollen, und sie hätten daher Gegenmaßnahmen treffen wollen.

Es handelt sich also, wie man sieht, um die gleiche frohe Ausrede, die seinerzeit der famose Herr Bismarck (übrigens nicht ohne Benutzung des ihm durch den Herrn Oberreichsanwalt gegebenen Tips) in bezug auf die scheußlichen Boxheimer Dokumente gebraucht hat.

Wenn diese Ausrede durch das Reichsgericht als zulässig erklärt werden sollte, dann könnte gleich einer von den Nazis die ganze Verfassung über den Haufen werfen und beim Müllhaufen seines Putsches erklären, er hätte nur verhindern wollen, daß die Kommunisten ihn machten.

Selbst wenn das „Reichsbanner“ die Schutzpolizei hätte stürmen wollen (eine im übrigen abenteuerliche Vorstellung), so haben deswegen nicht andere Zivilisten das Recht, ihrerseits von sich aus Schutzmaßnahmen einzurichten.

Wir werden sehen, ob Verurteilungen erfolgen und ob sie in der Schärfe den im folgenden mitgeteilten Urteilen vergleichbar sind.

Mein Name ist Hase!

Wie die Rechtsabteilung der Reichsleitung der NSDAP im „Völkischen Beobachter“ zu den Verhaftungen in Berlin mitteilt, sei die NSDAP an der Angelegenheit des Polizeioffiziers LANGE völlig unbeteiligt; die Rechtsabteilung habe

gegen den Berliner Polizeipräsidenten GRZESINSKI Anzeige wegen Beleidigung und falscher Anschuldigung erhoben. Unterzeichnet ist die Mitteilung von Dr. HANS FRANK II.

Reichsgericht im Klassenkampf.

Vier Hochverratsurteile gegen Kommunisten.

in Leipzig, 10. März.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts behandelte heute vier Fälle von „Vorbereitung zum Hochverrat“.

1. Der Arbeiter FRIEDRICH SCHÜLER aus Hamburg wurde wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr, sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Was hatte er getan? An Polizeibeamte Briefe mit der kommunistischen Propagandaschrift „Der Polizeibeamte“ verteilt.

2. Der Hafenarbeiter FRIEDRICH HOPPE aus Hamburg wurde zu einem Jahr, sechs Monaten Festungshaft verurteilt. Was hatte er getan? Verbotene „Rot-Front“-Zeitungen verkauft.

3. Der Bauarbeiter GUSTAV MERZ aus Dortmund wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz und gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu einem Jahr, drei Monaten Gefängnis verurteilt. Was hatte er getan? Er soll ein kommunistisches Plakat angeklebt haben, das Polizeibeamte aufforderte, die Karahmer umzudrehen und auf ihre Vorgesetzten zu schließen; MERZ behauptete jedoch, das Plakat nur gelesen zu haben, als die Polizei ihn festnahm.

4. Der Bergmann KARL DEPPNER, Führer des Kampfbundes gegen den Faschismus in Gelsenkirchen, wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Was hatte er getan? Einen jungen Parteigenossen beauftragt, „hochverräterische“ Flugblätter nach einem Vorort von Gelsenkirchen zu bringen und dort zu verteilen.

Im ganzen also: drei Jahre Festung und dreiviertel Jahre Gefängnis für vier Kommunisten wegen Verbreitung kommunistischer Propagandaliteratur.

Wir erinnern daran, daß zwei Tage vorher — wie wir in unserer gestrigen Nummer mitteilten — in Schönebeck bei Magdeburg ein anderes Urteil gefällt worden ist: drei NS wurden zu insgesamt einem Jahr, sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie „Reichsbanner“-Leute und den Ortsvorsteher mit Messern und Knütteln furchtbar zugerichtet hatten.

Aus Irland.

Aufhebung der Antiterror-Verordnung. Entlassung politischer Gefangener.

in London, 10. März.

Die erste Amtshandlung des Ministeriums DE VALERA war am Donnerstag die Aufhebung der von der Regierung COSGRAVE erlassenen Antiterror-Verordnung. Anschließend wurde eine Reihe unter dieser Verordnung bestraffter politischer Gefangener aus den Gefängnissen entlassen.

in Dublin, 11. März.

Tausende von Menschen hatten sich am Donnerstagabend vor dem Arbour Hill-Gefängnis in Dublin versammelt, aus dem auf Anordnung DE VALERAS 18 unter der Regierung COSGRAVE verurteilte politische Gefangene entlassen wurden. Die Gefangenen wurden bei ihrem Erscheinen mit lauten Beifallsrufen begrüßt und im Triumphzug durch die Stadt geführt.

Neuer Unternehmerangriff in der schlesischen Schwerindustrie.

21 Prozent Lohnabbau gefordert.

in Kattowitz, 10. März.

Zwischen den Arbeitgeberverbänden und der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiter wurde über die Lohnstreitigkeiten im Erzbergbau verhandelt. Die Löhne sind bereits um 4 Prozent gekürzt worden. Die Unternehmer fordern jetzt einen weiteren Lohnabbau um 21 Prozent, wie er in den Zinkhütten bereits durchgeführt wurde.

Die Arbeitervertreter lehnten jede weitere Lohnkürzung ab. Der Lohnstreit wird am Freitag durch eine Abordnung der Bergarbeiterverbände der Warschauer Regierung unterbreitet werden.

AUS DEM INHALT:

- Gewerkschaftseinheit in Frankreich.
- Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD.
- Brünings Wirtschaftspolitik.
- Aus dem schwarzen Lager.
- Geständnisse des russischen Attentäters.
- Der Schlaukampf.
- Lohnsenkungswelle in den USA.

Die Wahl am 13. März.

Von Willi Eichler.

1. Begegnung mit Hindenburg.

Ich habe HINDENBURG gestern Abend im Rundfunk sprechen gehört. An sich nichts von vornherein reizvolles — nur wenn der oberste Beamte der deutschen Republik sich öffentlich zu dem Thema äußert, das mit Recht alle wahlberechtigten Deutschen (und natürlich auch Ausländer) außergewöhnlich interessiert, sollte man sich anhören, was er darüber denkt.

Es ist ein — man ist versucht zu sagen: rührendes Ereignis, in der heutigen Zeit einen öffentlich politisch führenden Menschen zu hören, der offenbar eine Idee hat und daran glaubt, daß sie verwirklicht werden kann und soll. Es mag sein, daß HINDENBURGS notorische Abneigung gegen vieles Bücherlesen ihn davor bewahrt hat, den aus dem Papierhaufen der heutigen Literatur bis zum Ekel einen anödenen Kehrreim verbledeter Literaten: „Es ist alles relativ!“ anzunehmen. Von diesem Stumpsinn der weitaus meisten Bücherleser ist HINDENBURG, wie gesagt, sicher völlig frei.

Gewiß ist sein Ideal trügerisch und eng:

„... hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen versetzt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht.“

„Gebot mir meine Pflicht,“ darüber schwatzen viele, und selbst eingefleischte Materialisten vergessen sich im wirklichen Leben — außerhalb ihrer von des Gedankens Blässe angekränkelten Theorie — so weit, daß sie von der Pflicht der Genossen reden. Bei HINDENBURG gewinnt man unmittelbar den Eindruck: Dieser schwatzt nicht von Pflicht. Er nimmt sie ernst.

Ein gutes Zeichen also doch wohl für einen Beamten in so wichtiger Stellung? Gewiß! Nur: Pflichtgefühl ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend für einen politischen Führer — und diese Funktion hat der deutsche Reichspräsident. Es kommt darauf an, was der Betreffende im einzelnen für seine Pflicht hält.

Und hier sind die trennenden Schranken: HINDENBURG hält für seine Pflicht, was Milieu, Tradition, Gewohnheit und ungeklärte Gefühle ihm darüber vermittelt haben. Seine Ideale sind: das deutsche Volk, Gottesfurcht und Manneszucht. Sie alle brauchen nicht notwendig unbrauchbar zu sein; aber sie bedeuten bei ihm: Der Feind steht draußen; Gott verläßt keinen Deutschen; „wenn Sie anfangen, zu denken, ist's schon verkehrt!“

Diese Ideale, die bei HINDENBURG zu Idolen werden, verfolgt er mit der Besessenheit und Kraft eines Luther: Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir. „Die Verantwortung vor meinem Gewissen zwingt mich, auch jetzt auszuharren... meine letzte Kraft herzugeben...“

Gerade weil Pflichtgefühl ihm wirklich keine Phrase ist, kann von ihm für die wissenschaftlich geklärten Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, des Sozialismus, nichts erwartet werden.

Verhandeln statt handeln.

Zur Lage in China.

Durch die Vermittlung des englischen Gesandten in Shanghai haben die chinesische und die japanische Regierung noch einmal Noten miteinander gewechselt. Die Japaner haben darin ihre neuen Waffenstillstandsbedingungen wiederholt; die Chinesen haben erwidert, daß sie zu der vom Völkerbund vorgeschlagenen internationalen Vermittlungskonferenz bereit seien aber nur, wenn sie sich ausschließlich mit der Einstellung der Feindseligkeiten und der Zurückziehung der japanischen Truppen befassen werde und wenn diese Zurückziehung bedingungslos erfolge. In maßgebenden japanischen Kreisen wird diese zweite Bedingung für unannehmbar erklärt.

Die amerikanische Regierung hat der japanischen erklärt, daß sie an der geplanten Konferenz nicht teilnehmen werde.

Das Präsidium der Völkerbundsversammlung hat am Donnerstag einen Entschließungsentwurf angenommen, der den Abschluß der Beratungen der Versammlung bildet und die weitere Behandlung des chinesisch-japanischen Streits durch den Völkerbund festlegt. Die praktische Bedeutung der Entschließung — in der im übrigen die Bestimmungen des Völkerbunds Paktes noch einmal feierlich und ausführlich als maßgebend anerkannt werden — liegt, wenn überhaupt irgendwo, in der Einsetzung eines Sonderausschusses, dem weitgehende Vollmachten eingeräumt worden sind und der die Durchführung der bisherigen Ratsentscheidungen überwachen soll. Er soll bis spätestens zum 1. Mai einen ausführlichen Bericht über die Lage erstatten.

Nach einer Pressmeldung hat die japanische Regierung auf die Entschließung des Völkerbunds hin erklärt, sie weigere sich, die mandchurische Frage dem Völkerbund zur Entscheidung zu überlassen.

2. Otto Braun als Ansager.

Im „Vorwärts“ vom 10. März empfiehlt OTTO BRAUN, HINDENBURG zu wählen. Er versichert uns, daß ihm „in weltanschaulicher und politischer Einstellung eine tiefe Kluft von Herrn von HINDENBURG“ trenne, daß aber das „Menschliche“ eine Brücke über diese Kluft geschlagen habe. Und er versichert uns des reinen Wollens und kantischen Pflichtgefühls, was wir selber nicht bestreiten.

Abgesehen davon, daß es für OTTO BRAUN eine merkwürdige „Einstellung“ ist, sich plötzlich auf KANT und Humanität, also geradezu auf die von seinen Glaubensgenossen sonst so verlästerte Zeit der Aufklärung zu berufen, hat er bisher noch nichts getan, seine Eignung zum Wahlpropheten zu erweisen. Im Jahre 1925 ist er ohne jeden zwingenden Grund von der Kandidatur zurückgetreten, und zwar zu Gunsten des schwarzen Republikaners WILHELM MARX, den uns der Parteivorstand OTTO BRAUN mit den Worten empfahl: Wer nach Licht, Freiheit und Kultur strebt, der wähle MARX! Der Erfolg dieses merkwürdigen Marxismus war, daß Herr von HINDENBURG gewählt wurde, dessen Vorzüge die SPD nicht anerkannte.

Woher sollen wir wissen, ob BRAUN beim nächsten Mal nicht auf HITLER tippen wird!

3. Der Arbeiterkandidat.

Bisher ist in den Kreisen der großen Arbeiterorganisationen kaum die Rede gewesen von der Möglichkeit eines gemeinsamen Kandidaten der Arbeiterschaft. Wo überhaupt davon gesprochen wurde, geschah es in einer nebensächlichen Bemerkung: daß ein solcher Kandidat eine schöne Sache gewesen wäre, die aber leider an der Unfähigkeit „der andern“ scheiterte.

Am 10. März nimmt nun der „Aufwärts“ (das Organ der Berliner freien Gewerkschaften) in einem Leitartikel zu dieser Frage das Wort:

„Selbst wenn beide Arbeiterparteien sich auf einen Kandidaten geeinigt hätten, würde bei der Stimmenzerstückelung in Deutschland die größere Stimmenzahl auf HITLER entfallen.“

Wie der „Aufwärts“ zu dieser wichtigen Behauptung kommt, verrät er uns leider nicht. Wir wollen gewiß nicht ein müßiges Rätseln hier vormachen, sondern nur eine kleine Vorbereitung anstellen:

Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 erhielten SPD und KPD zusammen 37,6 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Die SPD hat zwar seitdem bei anderen Wahlen Stimmen verloren, aber so gut wie niemals mehr, als die KP gewonnen hat. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei erhielten 14,8 Prozent. Wenn man wenig rechnet, kann man wohl die Hälfte der Zentrumswähler als Arbeiterwähler ansprechen. Nehmen wir also an, HINDENBURG bekäme im ersten Wahlgang „erschreckend“ wenig Stimmen, und der Kampf spaltete sich zwischen dem gemeinsamen Arbeiterkandidaten und HITLER zu, so entfielen nach unseren angegebenen Quellen auf den Arbeiterkandidaten:

SPD-Wähler	24,5 %
KPD-Wähler	13,1 %
Zentrumswähler	7,4 %

der abgegebenen Stimmen. Es fehlten also etwa 5 Prozent, die aus den Kreisen des mittleren und linken, jedenfalls Nicht-Nazi-Bürgertums aufzubringen keinesfalls unmöglich wäre.

Aber die vorige Berechnung ist noch zu Ungunsten des Arbeiterkandidaten schief: Die Wahlbeteiligung im Jahre 1930 betrug 82 Prozent. Sicher sind von den nicht erschienenen 18 Prozent der Stimmberechtigten viele Arbeiter gewesen, die infolge der vielen Zersplitterungen der Arbeiterschaft wahlmüde geworden sind. Bei der Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten gäbe

es keinen linken Arbeiter, der nicht mit Freuden dieses Ereignis mit der Wahl des Arbeiterkandidaten beantwortete.

Wenn also bisherige Zahlenerfahrungen zu Rate gezogen werden, so sprechen diese nur gegen den „Aufwärts“, und vor allem gegen die anhaltende Zersplitterung der Arbeiterschaft bei der Wahl des Reichspräsidenten.

Der „Aufwärts“ schreibt ferner:
„Ein Sieg über HITLER und ein zweiter Sieg der Arbeiter bei den Preußenwahlen würde . . . der Arbeiterklasse einen gewaltigen Auftrieb geben.“

Gewiß würde er das! Aber ein Sieg der Arbeiterklasse über HITLER wäre nicht erfochten durch einen Sieg HINDENBURGS. Diese irrige Meinung des „Aufwärts“

Der englische Luftfahrt-Haushalt vor dem Unterhaus.

London, 11. März.
Das Unterhaus erörterte am Donnerstag die Haushalts-Voranschläge für das Luftfahrtministerium, die sich auf 17,4 Millionen Pfund belaufen, was gegenüber dem Vorjahr eine Ersparnis von 70 000 Pfund bedeutet.

Der Unterstaatssekretär SASSOON, der die Voranschläge vertrat, betonte besonders die gute Zusammenarbeit zwischen Militär- und Zivilluftfahrtstellen. Die Errichtung der London-Cap-Linie sei das erste große Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit.

SASSOON erinnerte ferner an die Tätigkeit der englischen Militärflugzeuge, die die Eröffnung von Handelsluftfahrtlinien vorbereiteten, und auch sonst durch ihre Tätigkeit in den Kolonien und anderwärts nützliche (!) Arbeit verrichteten. Die englische Luftlotte stehe erst an fünfter Stelle in der Welt. Es sei jedoch keine andere Luftlotte so gut ausgerüstet und so gut ausgebildet wie die englische. Um diese Eigenschaften aufrechterhalten zu können, würden 1933/34 und später höhere Ausgaben als 1932/33 notwendig sein.

Uebergehend auf die Zivilluftfahrt, kündigte SASSOON an, daß die Errichtung eines besonderen Amtes für diesen Zweig der Luftfahrt erwogen werde. Wenn, wie beabsichtigt, die Fluglinien im Weltreich um weitere 20 000 km ausgedehnt seien, so würde das Flugnetz innerhalb des englischen Weltreiches annähernd 60 000 km umfassen. Der Unterstaatssekretär schloß mit einer Aufforderung an die Städte Englands, unverzüglich geeignete Flugplätze zu schaffen.

Von der Opposition wurden ernste Bedenken gegen die Kontrolle der zivilen Luftfahrt durch das Luftfahrtministerium in seinem jetzigen Aufbau vorgebracht. Es sei zu befürchten, daß die Entwicklung der zivilen Luftfahrt durch militärische Erwägungen zu stark beeinflusst werde.

Vertreter der Regierungsparteien forderten das Kabinett zu energischen Anstrengungen auf dem Gebiet der Luftfahrt auf; vor allem müßten starke Reserveformationen bereit gehalten werden.

Die Frage der Luftschiffe wurde lebhaft erörtert. SASSOON erklärte, die Regierung habe sich wegen der starken finanziellen Belastung nicht die Ausgabe leisten können, die zur Indiensthaltung des großen Luftschiffes „R-100“ benötigt werde. Die Luftschiff-Frage sei bisher weder in gutem noch in ablehnendem Sinne endgültig beantwortet worden. Die vorhandenen Maschinenanlagen in Cardington und in Uebersee würden erhalten bleiben, so daß die gesamte Organisation die Arbeit wieder aufnehmen könne, sobald Geld für diese Zwecke verfügbar sei.

Haushaltsberatungen in der französischen Kammer.

Paris, 11. März.
In der Nachtsitzung von Donnerstag auf Freitag wurde über die Pensionen der Staatsbeamten und der staatlichen Grubenarbeiter beraten. Die Sozialisten forderten die Rückverweisung der Kapitel über diese Pensionen an den Finanzausschuß. Nach einer lebhaften Debatte, in der auch der Finanzminister FLANDIN noch einmal energisch für die angesetzte Herabsetzung der Pensionen eintrat, blieb die Linke bei der Abstimmung siegreich.

Der Unterstützungsfonds für die Arbeitslosen, der von 21 Millionen Francs des Vorjahres auf 400 Millionen Francs erhöht worden ist, wurde von den Sozialisten als noch immer unzureichend erklärt. Ihr Versuch, auch diesen Vorschlag an den Finanzausschuß zurückzuverweisen, wurde mit zwei Stimmen Mehrheit abgelehnt.

lieber auf die ruhmvolle Entwicklung Frankreichs verzichten, weil euch die Opfer zu hoch erscheinen? Dann, Franzosen, schleicht noch in dieser Stunde nach Rom den Funkspruch, der eure Unterwerfung besiegelt . . . !“

Dröhnender Widerspruch schäumt auf. „Niemals! — Nieder mit Capponi! — Kanonen sind besser als Ehrlosigkeit!“

Saint Brice läßt den Sturm austoben. Mit unverminderter Schwung fährt er dann fort:

„Wer ahnt nicht, was ein kommender Krieg bedeutet! Er kann Untergang sein! Aber es gibt auch einen Frieden, der dem Untergang gleichzusetzen ist! Dieser Frieden ist uns bestimmt, wenn wir jetzt der Schwäche erliegen! Franzosen! Ich verheimliche in dieser Stunde nicht, daß auch in Frankreich Geister am Werk sind, die keine Bedenken tragen, die Tatkraft der Regierung zu lähmen, uns die Hände zu fesseln . . . !“ Der Blick des Redners streift — triebhaft oder in voller Absicht — nach links hinüber, hakt sich zwei Sekunden an Léon Brandt fest, der noch immer regungslos über sein Pult sitzt, den Kopf in die Hände gestützt. Die Blicke aller Abgeordneten sammeln sich wie auf Kommando auf der Gestalt des Ministers von gestern.

„Volksfeind! Verräter!“ tönt es plötzlich von rechts. „Verräter!“ brüllt es jäh in rasendem Chor. Eine Lawine des Hasses rollt von den Sitzen der Abgeordneten, von den Tribünen über den reglos sitzenden Mann hin, ihn zu vernichten.

Langsam hebt Brandt den Kopf hoch. Seine Augen glühen in dunkler Wut. Er stemmt die Fäuste gegen die Pultkante, starrt mit heißen Augen zur Rednertribüne hin. Rhée ist wie eine Tigerkatze aufgesprungen. „Baron, das Wort müssen Sie teuer bezahlen!“ ruft sie gellend in den Saal.

„Verräter!“ ruft es zurück.

Germaine hebt plötzlich beide Hände hoch, als müßte sie sich schützend vor den Beschimpften stellen: „Verleumdung! Niedrige Verleumdung!“ Ihre Worte gehen im Sturm unter. Die Glocke des Präsidenten läutet unaufhörlich.

können wir hier nicht neu widerlegen. Ein Sieg der Arbeiter über HITLER bei der Reichspräsidentenwahl würde errungen durch einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten, und nur durch ihn. HINDENBURGS Wahl ist kein Sieg über den Faschismus, sondern alleräußersten Falls ein Aufschieben der Entscheidung. Die Entscheidung selber bleibt der Arbeiterschaft nicht erspart. Gewiß kann auch ein Aufschieben schon ein Vorteil sein; aber im vorliegenden Fall war es nicht nötig. Die Arbeiterschaft hätte zum Schlag ausholen können und sollen. Ihre Führer sind ihr mit nichtssagenden Behauptungen in den Arm gefallen.

So bleibt nichts weiter übrig, als THÄLMANN zu wählen und für den zweiten Wahlgang für die Aufstellung des gemeinsamen Kandidaten zu arbeiten.

Im Senat wurde der Gesetzentwurf über das Frauenwahlrecht vorschoben.

Im Senat wurde ferner auf Vorschlag des auswärtigen Ausschusses ein Gesetz angenommen, dessen einziger Artikel lautet: „Der Präsident ARISTIDE BRIAND hat sich um das Vaterland verdient gemacht.“ Damit ist BRIAND die gleiche Ehrung zuteil geworden wie CLEMENCEAU, FOCH und POINCARÉ. So ist er mit den Politikern, die während seiner amtlichen Laufbahn seine großen Gegner waren, mit denen er aber auch immer wieder gemeinsam gearbeitet hat, in der Ehrung, die Frankreich den Toten zuteil werden läßt, wieder vereint. Die Annahme des Gesetzes erfolgte mit 260 gegen eine Stimme.

Neue Forderungen zum Donaubund-Plan. Bulgarien meldet Ansprüche an.

Sofia, 10. März.
In bulgarischen Regierungskreisen ist man sehr unangenehm davon berührt, daß Bulgarien — obwohl es ein an der Donau liegender Agrarstaat ist — nicht zur Beteiligung an TARDIEUS Donaubund-Plan aufgefordert worden ist. Die Opposition wirft dem Ministerpräsidenten vor, daß Bulgarien wieder einmal isoliert und vernachlässigt worden sei. Die Presse glaubt in dem Zusammenschluß ein geeignetes Mittel zur Behebung der bulgarischen Wirtschaftsnöte zu sehen und arbeitet mit der Behauptung, daß Italien und England — ebenso natürlich auch die Tschechoslowakei — für die französischen Vorschläge seien.

Die Regierung hat ihren Pariser Gesandten beauftragt, Aufklärung zu erbitten und die Einbeziehung Bulgariens in den Plan zu verlangen.

Der bekannte Außenpolitiker und Sozialist SAKASOFF hat dagegen bei der Aussprache im Außenpolitischen Ausschuß den Donaubund-Plan abgelehnt, der für Bulgarien nur dann von Wert sei, wenn auch andere europäische Staaten, die für den bulgarischen Außenhandel wichtig seien, — darunter Deutschland — daran teilnahmen.

Italienische Wirtschaftsverhandlungen.

Nachdem Italien im Laufe der letzten beiden Wochen neue Handelsabkommen mit Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn und Spanien abgeschlossen hat, wird nunmehr der Beginn von Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland und Südslawien amtlich bekanntgegeben. Mit Rußland wurde Ende April 1931 der letzte Vertrag abgeschlossen, der auf einen erweiterten Warenaustausch gegenüber den im August 1930 abgeschlossenen Vertrag vorgesehenen Mengen hinzielte. Doch auch dieses letzte Abkommen erwies sich für Italien als nicht vorteilhaft, wie in der italienischen Presse schon seit November wiederholt zahlmäßig nachgewiesen wurde.

Die Vorbesprechungen zu den nunmehr angekündigten Verhandlungen mit den russischen Wirtschaftsvertretern sollen bereits seit einigen Wochen im Gang sein, und nur durch das Auftauchen des TARDIEU-Planes eine Unterbrechung erfahren haben. Die neuen Verhandlungen mit Südslawien zielen auf ein Zusatzabkommen zu dem im Jahre 1924 abgeschlossenen Handelsvertrag hin, in dem wahrscheinlich einige Tarifsätze abgeändert werden.

Saint Brice hat plötzlich eine Gesichtsfarbe wie graues Wachs. Hat er nicht eben einen schweren taktischen Fehler begangen! Er hat den Feind, den er so gern zum Freund gewönne, vor aller Welt angeprangert, wenn er auch seinen Namen nicht aussprach! Das beschimpfende Wort vom Verräter, das Saint Brice — gewollt oder nicht — dem Haus gleichsam suggerierte, mußte den Bruch zu halbvoller Feindschaft erweitern! Entschlossen wirft der geschmeidige Taktiker die Zügel herum.

„Wer ruft Verräter!“ Mit ungewohnter Heftigkeit tönt die Stimme des Greises in den abflauenden Tumult hinein. „Ich hätte nicht den Mut, solche Beschimpfung in dieser Schicksalsstunde einem Franzosen zuzurufen! Ich bin überzeugt, daß innerhalb unserer Grenzen kein Franzose dieses grausamen Wort verdient . . . !“

Totenstille. Was war das? Hat Saint Brice denn nicht eben selbst angedeutet . . . Warum deckt er plötzlich den Mann, der wie ein Usurpator heute nacht noch der Regierung seine Befehle zu diktieren wagte? Die Abgeordneten sehen einander verständnislos an. Ist etwa in den letzten Stunden ein Umschwung eingetreten? Ist Brandt umgefallen . . . ?

„Ja, meine Damen und Herren, Frankreich lehnt die ungeheuerliche Zumutung ab, Verräter in seiner Mitte zu kennen! Wer bekämpft nicht den Krieg als Furchtbarkeit aus heißem Herzen? Ist es unwürdig, daß edle Menschen mit dem letzten Aufgebot ihrer Kraft ein dunkles Geschick abwenden möchten? Edle Herzen, die Frankreich zum Sieg verhelfen möchten, ohne dem Volk qualvolle Leiden aufzubürden? Meine Damen und Herren, ich beuge mich vor so viel Menschenliebe und Patriotismus, vor so viel heroischer Anstrengung, deren nur ein großer Mönch fähig ist!“ Saint Brice spricht, den Blick auf den Beschimpften gerichtet. „Versteht ihr nicht, Franzosen, daß solche edlen Männer bis zur letzten Minute glauben, ein unheilvolles Geschick meistern zu können? Daß solche Männer, die glühend für den Frieden kämpfen, die ersten sein werden, die zur Waffe greifen und Frankreich verteidigen, die in vorderster Kampflinie stehen werden, wenn das Gebäude ihrer edlen und stolzen Träume vor der harten Realität in Trümmer geht?“

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(60. Fortsetzung.)

Taumel erfaßt den Saal. Die Bänke erzittern unter dem Beifall. Nur auf den Bänken der Linken regt sich keine Hand. Brandt hat den Kopf in beide Hände gestützt. Sein Schweigen inmitten rasender Leidenschaften hat etwas Unheimliches. Sein Schweigen bestimmt zugleich die Stummheit seiner hundertzwanzig Fraktionsgenossen. Auch weiter links die dreiundvierzig Kommunisten scheinen sich Brandt zu unterwerfen, denn bisher fiel aus ihren Reihen kein Widerspruch. Oder hat Saint Brice auch diese Hartgesottenen in seinen Bann gezogen?

Die Stimme des Ministerpräsidenten gewinnt einen metallenen Klang. Vor den Abgeordneten entrollt er das Geschehen der letzten fünf Tage. Nichts vergißt er. Er spricht von der mühseligen Arbeit des Völkerbundes, dessen Anstrengungen an Roms Selbstherrlichkeit gescheitert seien, von den Bemühungen aller Kabinette, denen Rom auswich, von dem fruchtlosen Notauwechsel zwischen Paris und Rom, von dem heimlichen Aufmarsch, der sich in Italien vollzieht. „Oder wer von Ihnen zweifelt, daß in Italien die militärischen Vorbereitungen in vollem Gange sind? Uns wird heute ein eisernes Gesetz vorgeschrieben. Im Willen dieses Hohen Hauses ruht Frankreichs Geschick. Selbstbehauptung oder Selbstaufgabe! — diese Frage muß von Ihnen beantwortet werden! Auch in dieser Stunde wollen wir uns hüten, schon vom kommenden Krieg zu reden! Noch ist die Trikolore nicht über feuerbereiten Geschützen entfaltet! Aber wenn uns der harte Zwang zugemutet würde? Franzosen! wird euer Herz bei diesem Gedanken zögernd und euer Mut klein? Erschreckt euch die Möglichkeit einer nahen Zukunft, die von euch verzweifelte Opfer fordern müßte? Wollt ihr

Arbeitsbeschaffung.

Die Forderungen der KPD.

Rpt. Berlin, 11. März.

Das in der „Roten Fahne“ von heute veröffentlichte Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD umfaßt unter anderem die folgenden Forderungen:

Vierzig-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Erhöhung der Invalidenrente von monatlich durchschnittlich 96,40 Mark auf 100 Mark. Herabsetzung der Berufsunfähigkeitsgrenze von 66% auf 50 Prozent. Alle Arbeiter über 50 Jahre haben bei Erreichung dieser Grenze Anspruch auf Pension in Höhe von 100 Mark monatlich. Wiederherstellung der Löhne vor der 4. Notverordnung.

Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke und für die militarisierte Polizei. Streichung der Abfindungen an die ehemaligen Fürstenhäuser, der öffentlichen Zuschüsse an Kirchen. Kürzung der Gehälter und Pensionen an die oberen Beamten. Erhebung einer Millionärsteuer und einer Sondersteuer auf die großen Einkommen. Zwanzigprozentige Besteuerung der Dividenden und Aufsichtsratsanteile.

Alle diese Maßnahmen würden in die richtige Richtung gehen; sie würden die Massenkaukraft stärken. Manche Forderungen gehen offensichtlich überhaupt zu weit; bei anderen erscheint es utopisch, im Kapitalismus ihre Durchführung zu erwarten. Immerhin: die genannten Forderungen gehen in der richtigen Richtung.

Nun zum Inhalt des Arbeitsbeschaffungsprogramms: Wohnungsbau, Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn, Elektrifizierung der Reichsbahn in den wichtigsten Industriebezirken, Instandsetzung und Ausbau des Straßennetzes, Eindeichung und Kanalisierung von Flüssen, Bau von Talsperren, Bau von Krankenhäusern, von gemeindeeigenen Landarbeitersiedlungen, von Sport- und Spielplätzen.

Diese Aneinanderreihung von Arbeitsmöglichkeiten ebenso wie das Fehlen der Forderung auf Herabsetzung von Monopolvereinen (von Brotpreis und industriellen Kartellpreisen) zeigt leider deutlich, daß dem Programm eine sichere theoretische Grundlegung völlig fehlt. Aus einem guten und richtigen Gefühl heraus wird die Verschiebung von Kaufkraft auf die Massen gefordert. Weil der Arbeiter unmittelbar im Betrieb nur um die Lohnhöhe und Arbeitszeit kämpfen kann, wird übersehen, daß die Kaufkraft der Massen keineswegs nur vom Einkommen, sondern auch von den Preisen abhängt.

Weil die Frage, wie Kartellpreise gesenkt werden können, in der KPD nicht durchdacht worden ist, heißt es im Programm: Stilllegungen und Einschränkungen von Betrieben zum Zwecke weiterer Rationalisierung dürfen nicht erfolgen. — Wie sollen dann Kartellpreise gesenkt werden? Das ist ja gerade nur möglich, wenn einzelne Betriebe aus dem Produktionsprozeß ausscheiden, die übrigen besser beschäftigt sind und darum billiger produzieren können.

Weil die Frage, wie Getreidepreise gesenkt werden können, ebenfalls in Kreisen der KPD nicht durchdacht ist und weil in ihr auch aus anderen Gründen der Gedanke der bäuerlichen Siedlung nicht in die „Linie“ paßt, ist nur von „gemeindeeigenen Landarbeitersiedlungen“ die Rede. — Getreidepreise können aber in Deutschland nur gesenkt werden, wenn man an die Stelle bankrotter Großgrundbesitzer bäuerliche Siedler setzt (z. B. nicht mit Rücksicht auf die Handelsbilanz).

Nur daraus, daß die KPD Deutschland mit der Sowjetunion verwechselt und daher die viel engere Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft außer acht läßt, sind die folgenden (übrigens nicht neuen) Forderungen zu erklären: „Alle Tribut-Zahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrages, insbesondere diejenigen, welche nicht unter das Hoover-Mora-

torium fallen (Zinsen der DAWES-Anleihe, der YOUNG-Anleihe, unaufschiebbare Annuität) werden sofort eingestellt. Alle privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland werden annulliert, die weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen wird verboten und im Uebertretungsfalle als Kapitalverschlebung bestraft. Diese Gelder werden für Arbeitsbeschaffung verwandt.“

All dies zeigt, daß man nicht Wirtschaftspolitik treiben kann lediglich auf Grund des Glaubens daran, daß es den Arbeitern in der Sowjetunion gut und in Deutschland schlecht geht. Selbst die genauesten Kenntnisse der Sowjetwirtschaft reichen nicht hin, um für Deutschland richtige Folgerungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzustellen. Die Forderung, daß die Arbeiter den Kampf führen sollen gegen die Krisennot, bleibt leer, oder es besteht die Gefahr, daß sie mit falschem Inhalt gefüllt wird, wenn nicht ein ernsthaftes Bemühen um Erkenntnis auf dem Gebiete der Krisentheorie, ein Studium der Krisengeschichte vorausgegangen ist. Nur bei einer solchen Grundlage ist es dem Zufall entzogen, ob richtige Forderungen aufgestellt werden.

Nicht nur für die Gestaltung der sozialistischen Wirtschaft, sondern auch für den Tageskampf im Kapitalismus, zum Beispiel für die Aufstellung von Forderungen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, gilt das Wort: „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis.“

Einigung der französischen Eisenbahner.

G. K. Paris, Anfang März 1932.

Nach dem zweiten — fohlgeschlagenen — Eisenbahnerstreik des Jahres 1920 spalteten sich die französischen Eisenbahnergewerkschaften. In vielen Orten, besonders im Gebiet der Staatsbahnen, schlossen sich die Gewerkschaften der Eisenbahner der CGTU (Confederation Generale du Travail Unitaire) an, der französischen Sektion der Roten Gewerkschaftsinternationale. In den ersten Jahren nach der Spaltung war diese bedeutend stärker als die alte CGT (die Sektion der Amsterdamer Internationale).

Allmählich jedoch und besonders in den letzten Jahren haben die Eisenbahnergewerkschaften der CGTU mehr und mehr an Mitgliedern verloren, die zum Teil unorganisiert geblieben sind, zur Hauptsache aber zur CGT zurückgekehrt sind. Gleichzeitig mit dieser Veränderung wurden die Bestrebungen in beiden Lagern der Eisenbahner immer stärker, die Einheit in der Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen. Am tatkräftigsten wurden diese Bestrebungen von den beiden Gewerkschaften der Staatseisenbahner des linken Seine-Ufers in Paris (Paris-Etat, Rive Gauche) gefördert. Ihre Arbeit hat viel dazu beigetragen, daß gegen Ende des vorigen Jahres die Leitungen der beiden, bisher einander feindlichen Gewerkschaften der Staatseisenbahner einen gemeinsamen Aufruf erließen, der zur Bildung eines einzigen Gewerkschaftsverbandes der Staatseisenbahner innerhalb der CGT aufforderte, also zur Rückkehr der Gewerkschaften der CGTU zur Amsterdamer (jetzt Berliner) Internationale. Dieser Aufforderung wurde in vielen Orten Folge geleistet. Die Zahl der Eisenbahner in der CGT hat seitdem um mehrere Tausende zugenommen. Auf dem in diesem Monat in Rennes stattfindenden Kongreß der Staatseisenbahner werden sich nun die bisher feindlichen Brüder zum ersten Male auf einer gemeinsamen Tagung treffen. Unter anderem sollen dort die Satzungsänderungen erwogen werden, die der alte Verband anläßlich der Rückkehr der revolutionären Gewerkschaften vornehmen wird.

Anfang März fand in Paris eine Versammlung der Mitglieder der neugeeinten Gewerkschaft der Staatseisenbahner des linken Seine-Ufers statt, eben jener Gewerkschaft, die sich so stark um die Wiederherstellung der Einheit bemüht hat. Diese Versammlung befaßte sich hauptsächlich mit der Vorbereitung des Kongresses von Rennes. Die Vertreter dieses Syndikats wollen auf dem Kongreß in Rennes in weitgehendem Maße die Forderungen der ehemaligen Mitglieder der CGTU zum Ausdruck bringen. Dazu ein Beispiel: Den revolutionären Gewerkschaften, und das sind hier keineswegs alles Kommunisten, sind seit langem die hohen Einkünfte der Gewerkschaftsbeamten ein Dorn im Auge. Da sich nach dem Zusammenschluß für diesen Verband der Staatseisenbahner die Notwendigkeit ergab, einen Gewerkschaftsbeamten anzustellen, sah der linke Flügel die Gefahr des Bonzontums sofort wieder auftauchen. Es wurde daher auf der Pariser Versammlung beschlossen, daß die Vertreter in Rennes die folgende Forderung vertreten sollten: Gewerkschaftsbeamte sollen auf keinen Fall länger als vier Jahre im Amt bleiben. Nach dieser Periode sind sie nicht wieder wählbar. Auch auf seiten der Mitglieder der CGT fand dieser Vorschlag Zustimmung.

Es ist klar, daß durch die Verschmelzung der beiden Richtungen der Gewerkschaftsbewegung ein neuer Geist in die Gewerkschaften hineingetragen werden kann, der mit dem Bonzontum Schluß macht — auch wenn sich dafür bessere wirksamere Mittel erfinden lassen, als die Beschränkung der Dienstzeit eines Angestellten auf vier Jahre. Gesetz nämlich den Fall eines tüchtigen und verantwortungsbewußten Gewerkschaftsangestellten (also eines Menschen, dessen Typ gewiß vorhanden, wenn in der heutigen Zeit auch relativ selten ist) wäre die Leitung verpflichtet, sich dieses Angestellten aus formalen Gründen zu entledigen und seine Arbeit dem Kampf der Arbeiterklasse zu entziehen. Man kann das Bonzontum (also das eigennützige, herrschsüchtige System einer entarteten Bürokratie) sehr gut bekämpfen durch eine Festsetzung der materiellen Entschädigung in einer Höhe, die es unmöglich macht, daß der Bezieher dieser Entschädigung ihre wegen Gewerkschaftsarbeit macht. Ähnliche Einrichtungen lassen sich treffen zur Bekämpfung der Herrschaft.

Es spricht aber — wie man den genannten Beschluß über die Anstellung der Beamten auch werten mag — für die Leitung der CGT, daß sie es riskiert, solche „revolutionären“ Beschlüsse in ihren Reihen annehmen zu lassen, und sich dadurch nicht zu einer Sabotage der Einigung verleiten läßt.

Der zweite Teil der Pariser Eisenbahner-Versammlung wurde von einer Anti-Kriegs-Revue ausgefüllt, die von einer der Liga für Menschenrechte nahestehenden Gruppe aufgeführt wurde. Unter anderem wurden dabei die Worte zitiert, die auf dem Gedenkstein für KARL LIEBKNECHT stehen. Mit der Aufführung einer derartigen Revue hat die Gewerkschaft „Paris-Etat, Rive-Gauche“ ein international nachahmenswertes Beispiel gegeben.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Hamburg: Dienstag, den 15. März, um 20.15 Uhr, Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl und unsere nächsten Aufgaben.

Zwickau: Montag, den 14. März, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Crimmitschauer Str. Thema: Die politische Lage nach dem 13. März und die Aufgaben der Arbeiterschaft.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Vor der Wahl.

Aus hessischen Arbeiterdörfern.

W. Ich besuchte kürzlich eine Arbeiterfamilie in G., die ich seit 1930 kenne. Der Mann ist Kommunist. Er wohnt mit seiner Frau und seinen drei Kindern in einem alten halbzerrfallenen Haus, in einer Dachkammer, durch deren winzige Luke kaum genügend frische Luft herein kann, geschweige denn Licht und Sonne.

Wenn ich früher zu ihnen kam, so sprach der Mann über politische Ereignisse. Trotz seiner Arbeitslosigkeit und der trostlosen Umgebung war er lebendig und interessiert. Heute hat ihn die miserable politische Lage der Arbeiter und die dauernde Sorge, wo er das zum Leben Notwendige hernehmen soll, zermürbt und müde gemacht. Wenn ich mit ihm spreche, so kommt unsere Unterhaltung bald ins Stocken. Er sitzt tief zusammengesunken, den Kopf in die Hände gestützt und starrt vor sich hin. Die Frau ist sehr still. Nur wenn er Geld für Zeitungen und politische Schriften ausgeben will, so versucht sie, ihn davon abzubringen.

Diese Hoffnungslosigkeit und Müdigkeit nimmt bei den kommunistischen Genossen in diesem Dorf dauernd zu. Sie haben es noch durchgesetzt, in einem in der Nähe gelegenen Dorf eine Ortsgruppe der KP zu gründen, nachdem sie dort zwei Jahre gearbeitet hatten. Aber die fünf neuen Mitglieder dieser Gruppe kamen nicht einmal zu der Wahlversammlung der KP.

We. Ich komme nach F., einem Arbeiterdorf mit etwa 900 Einwohnern, in dem ein Braunkohlen-Bergwerk liegt. Die Belegschaft ist augenblicklich etwa 550 Mann stark; früher waren es 1800 Mann.

Ich stoße auf den Betriebsrat des Kohlenbergwerks. „Was für eine Stimmung herrscht in Euerm Betrieb wegen der Reichspräsidentenwahl?“ „Bei uns sind viele NS.“ „Habt Ihr schon eine Arbeiterversammlung gehabt?“ „Nein, wir müssen uns vor den NS in Acht nehmen im Betrieb.“ Ehe ich weiter fragen kann, hat er sich auf's Rad geschwungen, und ich habe das Nachsehen.

Ein zwanzigjähriger Arbeiter, der müde und schmutzig aus dem Bergwerk kommt, wird im Laufe des Gesprächs zugänglich. „Wie denkt Ihr im Betrieb über die Reichspräsidentenwahl?“ „Es ist ganz mies. Keiner wagt diese Frage überhaupt aufzuwerfen.“ „Warum nicht?“ „Wir haben Angst;

denn wir werden von den nationalsozialistischen Arbeitern beschpitzt, die mit der Leitung in gutem Einvernehmen stehen. Wer auch nur in Worten radikal ist, fliegt. Im Dorf ist die KP 50 Mann stark, die SP 30 Mann, die NS haben 60 Mitglieder.“ „Ich verstehe nicht, daß Ihr 80 Sozialisten Euch nicht zusammensetzt gegen die Nazis.“ „Achselzucken.“ „Früher war das Loben in der KP-Gruppe hier gut.“ „Aber heute will keiner seine Stelle verlieren. Ich kann meine Meinung heute nur einem fremden Genossen offen sagen. Im Dorf muß ich schweigen.“ „Macht Ihr KP- oder SP-Versammlungen?“ „Wir wagen nicht sie anzufordern, aus den genannten Gründen.“

Ich gehe von Haus zu Haus und biete den „Funken“ an. Ein erwerbsloser KP-Genosse blättert lange und interessiert in der Zeitung. „Wen willst Du wählen?“ frage ich. „THÄLMANN.“ „Bist Du Kommunist?“ „Ja.“ „Habt Ihr hier schon Versammlungen gemacht?“ „Nein.“ „Wann wollt Ihr eine machen?“ „Ich weiß es nicht. Was wir unternehmen, ist doch sinnlos. THÄLMANN wird doch nicht Reichspräsident.“ Er kauft ein „ISK“-Heft, fängt gleich an zu lesen und ist zu weiterem Reden nicht zu bewegen.

N., ausgesprochener Nazi-Dorf. Ich treffe einen mir bekannten Arbeiter, der mir vor vier Wochen klarmachen wollte, man müsse HINDENBURG wählen. Jetzt spricht er mich an: „Ich wähle THÄLMANN, wenn ich ihn auch persönlich nicht für sehr geeignet halte. Aber vielleicht bekommen wir so einen zweiten Wahlgang, für den ein Arbeiterkandidat aufgestellt wird, den die ganze Arbeiterschaft wählen kann.“

Ein ausgesprochener SP-Mann: „Ein Einheitskandidat wäre schön, aber SP und KP unter einen Hut zu bekommen, ist ausgeschlossen. Ein zweiter Wahlgang wäre daher ein Verbrechen. Denn er würde das verarmte Deutschland 5 000 000 M mehr kosten.“

Lz. Der Kreisvorsitzende der SPD sagte mir folgendes Urteil über die Wahlaussichten: „HINDENBURG müßte durchzubringen sein. Unser Versammlungen der ‚Eisernen Front‘ sind allgemein gut besucht gewesen. Morgen noch in K., dann in M., dann hier und am Samstag noch in K. Ich war die vergangenen vierzehn Tage dauernd unterwegs. Besucht waren die Versammlungen; aber es ist nicht das, was früher war.“ Pause. „HITLER wird sich durchsetzen. Wenn er nicht Wahlsieger ist, wird er sich auf andere Art zum Sieger machen.“

Wg. Ein Kommunist, der noch nicht aus der Kirche ausgetreten ist, sagte mir: „Du glaubst gar nicht, wie schwer es hier ist, aus der Kirche auszutreten. Wir sind so sehr abhängig. Der Kirche gehört der größte Teil des Pachtlandes hier in der Gemeinde. Alle drei Jahre läuft die Pacht ab. Da hat man nun sein Stückchen Land gepflügt und bearbeitet. Dann muß man es hergeben. Es bekommt's auch kein Genosse, sondern ein ganz Fremder. Wir haben uns deswegen beschwert. Da sagte der Pfarrer: ‚Zuerst einmal kommen die dran, die fleißig zur Kirche gehen.‘ Was sollen wir aber machen, wenn wir kein Stückchen Land mehr haben?“ Der größte Teil der Arbeiter im Dorf ist arbeitslos.

Pn. Ein alter Textilarbeiter, Sozialdemokrat, der seit Jahren in der Arbeiterbewegung steht und stolz ist auf die Errungenschaften der alten Sozialisten: „Ja, natürlich wäre es das Richtige, wenn die Arbeiter untereinander einig wären. Ueber die Spaltung freuen sich ja die Kapitalisten gerade. Aber jetzt sind die Verhältnisse viel zu ungünstig für eine Einigung. Jeder muß erst mal sehen, daß er zu leben hat. Die Einigung kommt später dann ganz bestimmt; daran kann niemand etwas ändern. Das Weltrud dreht sich und bringt die Geschichte ganz von selber vorwärts.“

Ein Kommunist im gleichen Ort: „Was wir für die Wahl getan haben? Warum regen Sie sich so auf wegen der Präsidentenwahl? Es ist doch ganz egal; wer da oben sitzt, der muß doch unterschreiben, was der Reichstag will.“

Ein anderer: „Wenn es zur Stichwahl kommt, siegt HITLER. Die Nazi haben hier überall gutbesuchte Versammlungen gehabt, Kundgebungen und einen Spielabend. Die Geschäftsleute und Bauern sind alle Nazi. Beim freiwilligen Arbeitsdienst sind von vierzehn Louten sieben Nazi. Im Betrieb dürfen die Kommunisten überhaupt nichts sagen, sonst fliegen sie auf die Straße.“

Pl. Ein Bauer — sein Hof ist etwa 15 ha groß — sagte mir: „Was soll man zu den Wahlen sagen? THÄLMANN kommt nicht durch, HITLER kommt nicht durch. Und HINDENBURG? So einen alten Mann, den sollten sie pensionieren und einen Jüngeren an seine Stelle setzen. Ich werde deutschnational wählen. HITLER wird nur deshalb so viele Stimmen bekommen, weil er den Bauern verspricht, daß ihre Schulden getilgt und die Zinsen ermäßigt werden sollen. Er hat gut reden. Was hinterher kommt, wissen wir noch nicht. . . . Weshalb gibt man der Kirche so viel Geld und den Fürsten? Konnten die Sozialdemokraten das nicht ändern? Wer findet sich heute noch zurecht?“

Der Schlußkampf.

Aus den Wahlreden.

Hk. Berlin, 11. März.

Es ist keine angenehme Aufgabe, über die Wahlreden dieser Tage zu berichten. Die abstoßende geistige Aermlichkeit fällt besonders im HITLER und DUESTERBERG auf.

Die Wahlagitation der NS.

In bezug auf Amerikanismus der Propaganda, auf äußeren Apparat, auf agitatorische Tricks schießen entschieden sie, und innerhalb ihrer Partei wiederum Herr GOEBBELS, den Vogel ab. Ein Beispiel aus Hamburg (10. März): „Um 21 Uhr wurde mitgeteilt, daß GOEBBELS erst gegen Mitternacht aus Berlin eintreffen könne. Er ließ fragen, ob die Versammlungsteilnehmer so lange warten wollten. Zustimmung mit stürmischen Heilrufen. GOEBBELS' Behinderung hänge mit dem Berliner Hochverratsverfahren und den Haussuchungen zusammen. Die Hamburger Gauleitung habe dann ein Flugzeug für GOEBBELS nach Berlin geschickt, aber die Luftpolizei in Tempelhof habe dessen Start nach Hamburg verweigert.“ Ein anderes Beispiel: Im Berliner Sportpalast lud am 9. März GOEBBELS den Reichskanzler BRÜNING zu einem Redekampf ein, auszuführen auf der NS-Massenversammlung am Sonntag im Sportpalast. Die Hälfte der Eintrittskarten werde BRÜNING zur Verfügung gestellt. Unkosten trage die NSDAP. BRÜNING werde genügend Redezeit und das Schlußwort erhalten. Die Kundgebung möge auf alle deutschen Sender übertragen werden.

Woher haben die NS die ungeheuren Summen für eine Agitation, in der es keine Rolle spielt, 10.000 Sportpalast-Eintrittskarten auszuwerfen? Ein Hinweis: Im schwerindustriellen Westen sprach HITLER (Köln, 9. März). Ein Bericht meldet: einige tausend Kraftwagen aus dem Rheinland und viele Wagen aus Holland und Belgien waren auf sechs riesigen Parkplätzen aufgestellt.

Und der Inhalt der Reden, das Programm? Das Tiefendste darüber hat GREGOR STRASSER gesagt (Königsberg, 8. März), indem er feststellte, daß „der Nationalsozialismus die Vergötterung der Vernunft ablöse“. Auf GROENERS Aufforderung an HITLER, endlich ein positives Programm vorzulegen, antwortete GOEBBELS (Berlin, 8. März): GROENER möge sich an die 15 Millionen Wähler HITLERS wenden, um deren Antwort zu hören. Und HITLER selber: „Unser positives Programm ist unsere positive Bewegung.“ (Stuttgart, 8. März.) Gleichwohl hat STRASSER Ansätze vorgebracht: Anstelle des Almosens für die Arbeitslosen müsse die Arbeit treten. Finanzierung? „Wo durch ausgegebenes Geld Werte geschaffen werden, da gibt es keine Inflation.“ — Im übrigen hören wir viel von „Freiheit“, „fanatischem Glauben an Deutschland“, hören auch Töne gegen die anderen von Harzburg: Nie irgendwelche Zugeständnisse! „Der Vorwurf der Herrschsucht ehrt die NSDAP.“ (GOEBBELS, Berlin, 9. März.)

DUESTERBERG

wird im wesentlichen als „der deutsche Mann“ oder als „Mann deutscher Wesensart“ angepriesen.

Sein Manager, HUGENBERG, auf dem Bauernfang: „Was ich auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik an unwarhafter Agitation, an bauernfeindlicher Stimmungsmache... habe beobachten müssen, läßt es mir nicht unbeschelden vor-können; wenn ich geradezu sage: es wird Zeit, daß alle Bauern zu mir kommen.“ Programm? DUESTERBERG verkündete (Stuttgart, 10. März): Für eine gesunde Erhaltung der deutschen Stämme! Heraus aus den Asphaltgräbern der Großstädte! „Seelische Eingliederung“ der Arbeiterschaft „in die Herrschaft“ (?). Wie? „Statt Gewerkschaft Werk-gemeinschaft.“! Genug.

Das Interessanteste über diese Kandidatur hat SELDTE ausgesprochen (Leipzig, 9. März) indem er in bezug auf die NS sagte: „Nicht Friede um jeden Preis, sondern nur Friede um honorigen Preis.“

Aus der Agitation für HINDENBURG

nichts Neues. Die bekannten Argumente BRÜNINGS, die er schon in seiner Reichstagsrede vom 25. Februar vorgebracht hat: Einigung des deutschen Volkes unter der „historischen Person“. Ähnlich die anderen Minister.

LÖBE sagte in Breslau (9. März): Wenn es den NS gelinge, am 13. März HITLER durchzubringen, so werde aus der Krise eine Katastrophe. — Das klingt nicht sehr überzeugend für die HINDENBURG-Parole; gerade im Munde LÖBES nicht, der einem Mitarbeiter der „Münchener Post“ (SP) geäußert hat: „er wage es, der Meinung Ausdruck zu geben, daß HINDENBURG nicht nur einen weiten Vorsprung vor HITLER erziele, sondern auch, daß er im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit gewählt werde.“

THÄLMANN.

Die KP hat nicht die Riesenmittel für die Agitation zur Verfügung wie die anderen. Sie wirkt mit anderen Mitteln. Mit einem vor allem: sie ist die Massenpartei, die den Gedanken der proletarischen Revolution vertritt, und hat den Kredit, daß sie die berufene Führerin zur Revolution sei, bei den Massen noch nicht völlig verwirrt. Und der einfache Gedanke: eine Erlösung aus dem Elend des Kapitalismus gibt es für die Arbeiterklasse nur durch einen radikalen Eingriff, auf revolutionärem Wege — dieser einfache Gedanke zündet. Man spürt die Wirkung selbst beim Lesen z. B. der Rede, die THÄLMANN am Donnerstag im Berliner Sportpalast gehalten hat.

Sein Schluß: „Wenn zwei solcher Länder wie die Sowjetunion und eine deutsche proletarische Macht bestehen werden, dann wird sich die ganze Weltbourgeoisie die Zähne daran ausbeißeln!“ Ein solcher Schlußsatz verfehlt seine Wirkung nicht.

Fragen wir auch hier nach dem Programm, nach dem Programm für Sowjet-Deutschland! 1. Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch staatskollektivistischen Betrieb der Industrie. Dabei hofft THÄLMANN auf erheblich stärkere Aufträge aus der Sowjetunion als sie heute schon vorliegen. 2. Zuteilung der Kurfürstendamm-Wohnungen u.s.w. an kinderreiche Proletarierfamilien. 3. Bewaffnet werden nur die Proletarier sein. 4. Annullierung aller „Tributverträge“! (Auf die Frage der Durchführbarkeit dieses Programms gehen wir an dieser Stelle nicht ein.) THÄLMANN'S Antwort an LÖBE war die Wiederholung des gesamten, sehr langen Sündenregisters der SPD.

Brüning im Rundfunk.

b. Berlin, 10. März.

BRÜNING wird am Freitag in einer Wahlkundgebung für HINDENBURG im Sportpalast sprechen. Die Rede wird durch Rundfunk auf alle deutschen Sender übertragen. Die Uebertragung erfolgt von 20.15 bis 21 Uhr.

Wahlen.

Im Saargebiet.

Am kommenden Sonntag finden im Saargebiet Landesratswahlen statt.

In Württemberg.

n. Stuttgart, 10. März.

Der bisher für die württembergischen Landtagswahlen genannte Wahltermin des 10. April wird kaum noch in Frage kommen. Es ist der 17. oder der 24. April für diese Wahlen in Aussicht genommen worden.

Protestiert gegen die Spalter!

F. S. Göttingen, 8. März.

Zu einer Kundgebung am Sonntag hatte die „Eiserne Front“ hier die Gewerkschafter mit der verlogenen Parole mobilgemacht, es solle gegen den Faschismus demonstriert werden. Als sich dann auf dem Marktplatz herausstellte, daß

es sich lediglich um eine Demonstration für die SPD und für HINDENBURG handelte, verließen viele Arbeiter die zunächst stark besuchte Demonstration.

Solch spontanem Protest ist die ordentliche Verwaltung der proletarischen Einheitsorganisationen heute anvertraut.

Der Königsmantel.

F. S. Göttingen, 9. März.

Im Ethnologischen Institut der hiesigen Universität wurde ein sensationeller Einbruchdiebstahl verübt und ein hawaiischer Königsmantel aus Federn und ein ebensolcher Helm gestohlen, deren Wert etwa 2½ Millionen Mark beträgt. Die gestohlenen Gegenstände sind aus Vogelfedern kunstvoll zusammengesetzt, die dem Gefieder von Vögeln entstammen, die schon seit Jahrhunderten ausgerottet sind. Nur wenige Stücke dieser Mäntel sind nach Europa gelangt. Eins befindet sich im Berliner Völkermuseum, einige andere besitzt das Londoner Museum.

Der Diebstahl ist so gut wie aufgeklärt, wenn auch der Täter noch nicht festgenommen werden konnte. Als Täter kommt ein Student ARTHUR PFLEGHAR aus Söfelingen in Württemberg in Frage, der sich durch verschiedene Umstände verdächtig gemacht hat und seit dem Einbruch verschwunden ist. In seiner Wohnung wurde eine genaue Skizze des Raumes entdeckt, aus dem die kostbaren Sammelstücke gestohlen worden sind.

Alle europäischen Polizeistationen sind durch Funk-Telegramme informiert. Die Staatsbehörden haben eine hohe Belohnung für die Wiedererlangung der Gegenstände ausgesetzt.

g. Dresden, 10. März.

Der Student PFLEGHAR, der unter dem Verdacht, den Diebstahl im Göttinger Universitätsinstitut ausgeführt zu haben, verhaftet wurde, ist auf Ersuchen der Göttinger Staatsanwaltschaft nach Göttingen überführt worden.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 12. März.

Königsberg:

17.45 Moderne Demokratien: Die Vereinigten Staaten von Amerika (Dr. POCKRANDT).

Langenberg:

18.00 K. OFFENBURG: Soziale Fragen und Wirtschaftskrise in Australien.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort
Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H. Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz
Berlin N 58, Schwedter Str. 88

Verkaufsstellen:

1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16 17

Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen
D 4 Humboldt 8062

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 23 53 42

Elegante und praktische Herren- und Damenkleidung

nach Maß fertigt sauber und billig an

RUDOLF SCHÜNHUT

Magdeburg, Otto von Guerickestr. 104, H. r. a.
Stuttgarter u. reicher Auswahl — stets vorrätig

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Landheime,
Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 101

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure Zeitung

Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Betreibt
bei Einkäufen
unsere Inserenten!

Zur Jugendweihe!

Vom Sinn der Jugendweihe.

Rede von Minna Specht.

12 Tausend. 1930 35 Pf.

Aus den Presse-Urteilen:

„Die Jugendweihe als Weihe der jungen Genossen für die Teilnahme am Befreiungskampf des Proletariats. — Das ist der höchste Sinn, den eine proletarische Jugendweihe haben kann! Diese Rede ist durch einen weiteren Vorzug ausgezeichnet: sie ist frei von Parteipolitik.“

Die Rede sollte von allen Proletariern gelesen werden; denn ihre Auffassung ist bahnbrechend dafür, wie wir eine proletarische Jugendweihe begehen sollten.“

„ISK“ Nr. 3, vom März 1929.

„Man wird selten eine Rede finden, die wie diese in so klarer und einfacher Sprache den Sinn der Jugendweihe als rein proletarische Feyer den jungen und alten Freidenkern in gleicher Weise verständlich macht.“

„Der Freidenker“ Nr. 3, vom März 1929.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Brünings Wirtschaftspolitik

Im Spiegel der Untersuchungen seines Parteifreundes Dessauer.

Professor FRIEDRICH DESSAUER hat ein kleines Buch geschrieben: „Im Kampf mit der Wirtschaftskrise.“ (Frankfurt a. M. 1932.) Ein Buch, das — besonders in den ersten Kapiteln — durch die Lebendigkeit der Darstellung von Wirtschaftskrise, monopolistischen Preisbindungen und politischen Störungsfaktoren reizt und erfreut, im weiteren Verlauf aber enttäuscht, weil es erstens die Grundursache der Krise nicht aufdeckt, und weil es zweitens das wirkliche Verständnis für das Wesen der Marktwirtschaft vermissen läßt.

Die Grundursache der Krise.

Millionen hungern, „während die Scheunen der Erde überquellen!“ Das „macht die Frage wach und laut, ob nicht ein Fehler des Systems vorliegt“.

Die Selbstregulierung der Wirtschaft ist gestört. Der freie Wettbewerb ist zerstört oder doch stark eingeschränkt durch Kartelle und Preisbindungen aller Art. Diese Störung auf der „Güterseite der Wirtschaft“ hat DESSAUER klar erkannt. Aber damit hat er noch nicht die Grundursache der gegenwärtigen Krise gefunden. Worin sieht er die „zunächst verborgenen Dispositionen“ — man erkennt den Mediziner DESSAUER! — dieser Krise? In den Kriegsfolgen:

„Die Spannung, die Versailles hinterließ, das politische Mißtrauen, das Wettrüsten, die um Tausende Kilometer vermehrten politischen Grenzen, der Wegfall der Ostmärkte, die agrarische und koloniale Ueberproduktion, der Wahnsinn übersteigter politischer Zahlungsverträge mit dem lügnischen Goldstrom ohne Rückstrom von Gütern, das Versagen so vieler Konferenzen, auch des Völkerbundes, die Industrialisierung und Zollabriegelung vieler Staaten, die Ueberbesetzung des Verteilungsapparates mit ihrer Verteuerung des Weges vom Produzenten zum Konsumenten in verschiedenen Staaten, der grenzenlose Optimismus der vom politischen Goldstrom begünstigten neuen Welt . . .“ (Seite 130.)

Hier sehen wir DESSAUER im Banne der kapitalistisch-bürgerlichen Nationalökonomie. So verwundert es nicht mehr, wenn er davon spricht, daß „die jetzige Erwerbslosigkeit in ihrem ganzen Umfang Kriegsfolge ist“, ebenso wie „im wesentlichen“ die deutsche Inflation — „der Schrecken von 1923“ —! (Seite 93 f.)

Was DESSAUER aufzählt, hat die Krise verschärft, nicht verursacht. Die Grundursache der Krise liegt im System der kapitalistischen Wirtschaft, deren Selbstregulierung gestört wird durch den Einfluß der kapitalistischen Monopole auf die Preis- und Einkommensbildung. Das Auseinanderklaffen von Produktion und Konsum in der Krise, das DESSAUER ausgezeichnet schildert, ist eine notwendige Folge des Auseinanderklaffens von Arbeitsleistung und Kaufkraft des Arbeitslohns, das seinerseits verursacht wird durch den Einfluß der kapitalistischen Monopole auf den Arbeits- und Warenmarkt. Diese Seite des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus hat DESSAUER nicht beachtet. Ueber das Bodenmonopol und die Wirkung des Großgrundbesitzes auf Arbeitslosigkeit und Löhne findet sich kein Wort auf den 137 Seiten seines Buches. Schade. Und doch hat FRANZ OPPENHEIMER jahrelang an der gleichen Universität gelehrt wie DESSAUER. Und gerade vor wenigen Wochen hat DESSAUERS Parteifreund MUTH in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ auf die Bedeutung dieser Probleme aufmerksam gemacht!

Das Wesen der Marktwirtschaft.

In der Marktwirtschaft werden die Preise von Gütern und Diensten aller Art durch die Konkurrenz bestimmt, die gesamte Produktion und Verteilung aller Güter wird durch den Konkurrenzmechanismus geregelt. Aber nur in einer sozialistischen Wirtschaft, die nicht gestört ist durch kapitalistische Monopole, wird dieser Konkurrenzmechanismus reibungslos funktionieren und nicht immer wieder zu Störungen (Krisen) führen.

DESSAUER verkennt das Wesen der Konkurrenzwirtschaft, wenn er ihr einen Vorwurf daraus macht, daß hier der einzelne Mensch nicht direkt der Volkswirtschaft dient, sondern den eigenen Vorteil erstrebt. Das ist ja gerade das Wesen der Konkurrenzwirtschaft, daß jeder Einzelne nach seinem Vorteil — möglichst billigen Einkauf und möglichst hohem Verkaufspreis — strebt und daß aus dem wechselseitigen Zusammenwirken aller — wenn keine Monopole und keine politischen Störungen einspielen! — sich eine zweckmäßige Lenkung von Produktion und Verteilung ergibt.

Heute gibt es ein solches freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht. Wir haben keine sozialistische, sondern eine mittels kapitalistischer Monopole versuchte Marktwirtschaft. Daraus ergibt sich die Aufgabe, diese Monopole aus der Marktwirtschaft zu entfernen. Bei einem Teilproblem gibt dies DESSAUER zu: Er erkennt, daß man eine Preissenkung nicht durch Preisdiktat und Festsetzung von Höchstpreisen erreicht: „Nein, die entscheidende Maßnahme besteht in schrittweiser, vorsichtiger Wiederherstellung des freien Wettbewerbes in einer Reihe von Gebieten.“ (Hervorgehoben von DESSAUER! Seite 87.)

Diese Erkenntnis hätte DESSAUER zum Angelpunkt seiner Betrachtungen machen sollen: Herstellung des freien Wettbewerbes auf allen Gebieten — auch auf dem Gebiet, auf dem er seit Jahrhunderten nicht mehr bestanden hat, auf dem Gebiet des Bodenrechts! — und Sicherung dieser Konkurrenzfreiheit durch einen sozialistischen Staat. Das ist der endgültige Ausweg aus der Kette der Wirtschaftskrisen.

Diese Erkenntnis fehlt DESSAUER. Darum sieht er das Uebel der kapitalistischen Wirtschaft in der Kon-

kurrenz — statt in deren Beschränkung. Darum sieht er in dem Bankenaufsichtsgesetz einen „entscheidenden Schritt . . . den Liberalismus . . . zu korrigieren“, und in der Reform des Aktienrechts, die durch Notverordnung in Kraft gesetzt wurde, einen „Wendepunkt“.

„Alles, was in der erschütterten Wirtschaftswelt Nützlich gegen die Wirtschaftskrise geplant und gehandelt wird, bedeutet einen Schritt in der Verwandlung von der rein-liberalistischen in die kooperative Ordnung.“ (Seite 137.)

Wir wissen, daß auch viele sozialistische Nationalökonomien das Wesen der Konkurrenzwirtschaft nicht verstehen. Sie kommen dann wie DESSAUER dazu, in den Notverordnungen BRÜNINGS mit ihren Staatseingriffen einen Fortschritt zu sehen, einen Fortschritt auf dem Wege zur sozialistischen Planwirtschaft — oder, wie DESSAUER sagt: zur kooperativen Ordnung.

Wenn wir hiermit die Kritik an den grundsätzlichen Abschnitten des DESSAUERSCHEN Werkes abschließen, so können wir feststellen, daß er den Grundfehler der bürgerlichen Nationalökonomie: die Verkenning der kapitalistischen Monopole, verbindet mit dem Grundfehler der kollektivistischen Nationalökonomie: der Verkenning des Konkurrenzmechanismus. Tatsächlich hängen beide Fehler eng zusammen, und es ist beim heutigen Stand der ökonomischen Wissenschaft verständlich, daß ein Außensteher wie DESSAUER diese Fehler der „Fachleute“ übernommen hat.

Ein sicheres Urteil über ökonomische Tagesfragen.

Um so erfreulicher, daß DESSAUER in woniger theoretischen Fragen, da, wo es hauptsächlich darauf ankommt, die ökonomischen Tatsachen zu beobachten und Schlüsse zu ziehen, zu Entscheidungen kommt, die frei sind von den Ansichten der „Fachleute“ und seinem ökonomischen Urteil alle Ehre machen. Wichtig ist vor allem sein Urteil über die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft und über den Lohnabbau und die Liquidierung der Krise.

Die Landwirtschaft soll umgestellt werden!

DESSAUER meint zwar, die seitherigen Opfer der deutschen Bevölkerung zu Gunsten der Landwirtschaft — der Großagrarien! — seien gerechtfertigt mit Rücksicht auf den „staatlichen und gesellschaftlichen Wert eines gesunden wirtschaftlichen Sektors“ (Seite 105). Wir sind der Ansicht, daß sie nicht zu rechtfertigen sind gerade mit Rücksicht auf den staatlichen und gesellschaftlichen Unwert des ungesunden wirtschaftlichen Sektors des Großgrundbesitzes!

Aber dann stellt DESSAUER fest, daß die Landwirtschaft jährlich mit 3,9 bis 4,15 Milliarden Mark (durch Agrarzölle u. s. w.) subventioniert wird. Er stellt weiter fest, daß diese Hilfestellung zum Teil durch Erhöhung der Futtermittelpreise gerade die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft und den bäuerlichen Betrieb bedrückt.

Lohnsenkungswelle in den USA.

Im „Funken“ Nr. 36 ist darauf hingewiesen worden, daß die Politik der Konjunktur-Stabilisierung durch Hochhalten der Löhne, an der man bisher in den USA theoretisch und praktisch festhielt, in der jüngsten Zeit — erst vordeckt, dann mehr und mehr offen — durchlöchert wird.

Heute kann man bereits von einer offenen Lohnsenkungswelle in den USA sprechen. Die Landarbeiter erhielten schon im Oktober 1931 bei voller Verpflegung nur noch durchschnittlich 1,19 Dollar am Tage gegenüber 1,90 Dollar in den Vorjahren.

Ein außerordentlich scharfes Lohnsenkungs-Abkommen ist für das Baugewerbe in New York abgeschlossen worden. 115 000 Bauarbeiter sind von ihm betroffen. Für die Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember dieses Jahres soll ihr Stundenlohn um 25 bis 30 Prozent gekürzt werden. — In der niedrigsten Lohnklasse, bei den Zementarbeitern, ist der Tagelohn von 9,35 Dollar auf 6,50 Dollar gesenkt worden.

Ferner: Zwischen den amerikanischen Eisenbahn-Unternehmungen und dem größten Gewerkschaftsverband des Landes ist Ende Januar dieses Jahres ein Abkommen getroffen worden, in dem sich die Gewerkschaften für die Dauer eines Jahres (vom 1. Februar 1932 bis 31. Januar 1933) mit einer zehnprozentigen Lohnsenkung einverstanden erklären. Das Einkommen von 1 500 000 Lohnempfängern wird von diesem Abkommen betroffen. Die Bahnen ersparen durch diese Lohnsenkung im laufenden Jahre rund 2,1 Millionen Dollar.

Was sagen die Gewerkschaften hierzu? „Mr. ROBERTSON erklärte als Vertreter der Gewerkschaften, daß nach Recht und Billigkeit die Arbeitnehmer nicht veranlaßt werden könnten, einer 10prozentigen Lohnsenkung zuzustimmen, und daß diese nicht der Meinung seien, daß die öffentliche Wohlfahrt durch eine Herabminderung der Kaufkraft der Arbeit gefördert wird; aber in Verantwortung gegen die Arbeiterschaft und das ganze Land haben wir die dringende Hilfsbedürftigkeit der Bahnen und die Erfordernisse der öffentlichen Wohlfahrt in dieser einzigartigen Notlage gegen die persönlichen Opfer abgewogen, welche von den Bahnangestellten verlangt werden; in der Hoffnung, daß unsere Zugeständnisse die Lage der Bahnen bessern . . . einen allgemeinen Aufschwung begünstigen und die öffentliche Wohlfahrt heben werden, haben wir uns entschlossen, die Vorschläge anzunehmen.“

Der „Wirtschaftsdienst“, dem wir diese Mitteilungen entnehmen, betont mit Recht: „Diese Formeln geben Einblick in den Zwiespalt und die Verwirrung, denen die Lohnpolitik der Gewerkschaften anheimgefallen ist . . .“

W. Fr.

„Das ist um so ernster, als der Schwerpunkt der Entwicklung zweifellos im bäuerlichen Betrieb und nicht in der großagrarischen Wirtschaft liegen wird.“ (Seite 108.)

„Die Stunde ist gekommen, wo die Futtermittelpreise insbesondere für Hühner- und Schweinezucht, der Senkung bedürftig sind, und die Ernährungsfrage durch die fortschreitende Arbeitslosigkeit eine Steigerung des Brotpreises strikt verbietet, ja eine Senkung dieses Preises notwendig macht.“ (Seite 109 f.)

Bei der „Führung und Repräsentation des Agrarsektors“ tritt bis heute „der eigentliche Bauer mit mittlerem und kleinerem Besitz, obwohl er der weitaus wichtigste Faktor der Landwirtschaft ist, . . . nur ganz wenig in Erscheinung“. Das muß anders werden. Und:

„Durch eine Verschiebung des Gewichts der agrarischen Wirtschaftspolitik vom Getreidesektor zum Veredelungssektor kann der wirtschaftliche Zustand gebessert werden.“ (Seite 110.)

Auf Deutsch: Herr Brüning soll die Großagrarien-Subventionen aufgeben und sich freimachen vom Einfluß des Herrn Schiele!

Die Preise müssen stärker sinken als die Einkommen!

Vor allem aber in der Preissenkungsfrage zeigt DESSAUER sein unabhängiges Urteil. Er erkennt, was bei BRÜNINGS Notverordnungen ganz übersehen wurde, daß der Lohn „nicht nur Selbstkostenfaktor“ ist, sondern auch entscheidender Formfaktor für die Kaufkraft des inneren Marktes.

„Die richtige Lösung der Frage liegt in der Anknüpfung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten mit dem Ziel, die reale Kaufkraft, also die Lebenshaltung, damit der Güterstrom, aufrecht zu erhalten. . . . Als generelle Linie der richtigen Haltung kann gesagt werden: Mit Ausnahme der Einzelfälle, wo unmittelbar Wettbewerbsfragen bei gegebenen Umsatzmöglichkeiten nur die Alternative zwischen Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit unabweisbar ergeben, sollen generelle Senkungen von Löhnen und Gehältern nicht erfolgen ohne vorangehende oder gleichzeitige Senkung derjenigen Preise, welche die Lebenshaltungskosten bestimmen; weil nur dann der Güterstrom aufrecht erhalten bleibt.“ (Hervorgehoben von DESSAUER! Seite 91 ff.)

DESSAUER hat frühere Krisen studiert, vor allem die Krise der siebziger Jahre, die von etwa 1874 bis in die achtziger Jahre dauerte. Der Umschwung der Konjunktur setzte ein, „als die abstürzende Kurve der Einkommen, das ist der Kaufkraft, von der nachstürzenden Kurve der Preise überholt wurde“. Hier wird das bestätigt, was wir im „Funken“ immer wieder betonen.

„Wenn die Preise tiefer sinken als die Einkommen, nimmt der Güterstrom wieder zu. Der steigende Umsatz führt zu Versicht herbei, die zuversichtliche Stimmung den Umsatz. So kann ein Wendepunkt eintreten.“ (Seite 128 f.)

Was tut DESSAUER um diese Erkenntnis seinem Parteifreund BRÜNING mit aller Kraft und Eindringlichkeit nahe zu bringen? Denn das ist die entscheidende Krise für die Wirtschaftspolitik in diesen Krisenstunden:

Es kommt darauf an, daß die künstlich gehaltenen Preise gesenkt werden, damit die Preise stärker sinken als die Einkommen, und ein Wendepunkt in der Konjunktur herbeigeführt wird. Werner Hansen.

Arbeitsbeschaffung.

Geheimrat Dr. SYRUP, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, sprach am 10. März in Halle. Er ging ausführlich auf das Problem der Arbeitsbeschaffung ein. Seiner Ansicht nach sind wirtschaftliche Tiefbaumaßnahmen, Meliorationen, Flußregulierungen, Talsperrenbau und Straßen- und Eisenbahnbau die Arbeiten, die heute die Hauptrolle spielen sollen. Auch bei dem freiwilligen Arbeitsdienst müssen Arbeiten verrichtet werden, die dem freien Arbeitsmarkt nicht entzogen werden. Dr. SYRUP berichtete, daß innerhalb von sechs Monaten tausend Arbeitsprojekte für den freiwilligen Arbeitsdienst anerkannt worden seien, durch die 30 000 Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten. Eine weitere Möglichkeit zur Arbeitsbeschaffung bietet sich in der Rückwanderung aufs Land, also in der Siedlung. Allerdings sei diese sehr kostspielig. Auch der vernachlässigte Zustand von einer Million Althäusern biete Beschäftigungsmöglichkeit für 400 000 Bauarbeiter auf ein Jahr.

Wenn die Siedlung auch mehr Geld kostet, so wird mit diesem Gelde doch erreicht, daß Arbeiter nicht nur einige Monate oder ein Jahr lang Arbeit bekommen, sondern auf die Dauer vom Arbeitsmarkt verschwinden. Daß dadurch dem Kapitalismus ein Schlag versetzt werden kann, ist ein Grund für Sozialisten die Siedlung zu fordern — ein Grund, den allerdings Herr Dr. SYRUP die Siedlung kaum sympathischer machen wird. Mc.

ENGLAND

Diskontsenkung: Der Diskontsatz der Bank von England der seit dem 18. Februar 5 Prozent betrug, ist am 10. März auf 4 Prozent herabgesetzt worden.

Pfundkurse: Die Kurse für das Pfund Sterling sind seit Einführung der englischen Zölle stark gestiegen. Am 8. Dezember stand das Pfund auf 18,68 Mark gegenüber der Goldparität von 20,43 Mark. Am 24. Februar stand der Kurs auf 14,66 Mark, am 2. März auf 14,67. Bis zum 9. März, also innerhalb einer Woche, stieg es auf 15,63 Mark und sank dann bis zum 10. März auf 15,52 Mark.

Arbeitslosigkeit: Die Zahl der Arbeitslosen sank vom 25. Januar bis zum 22. Februar um 27 000 auf 2,7 Millionen. Sie ist um 94 000 höher als vor einem Jahr.

Die **Ausfuhr** betrug im Februar 30 Millionen Pfund gegenüber 31 Millionen Pfund im Januar. Die **Einfuhr** stieg von 62 Millionen Pfund im Januar auf 70 Millionen Pfund.